Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/1565

5.3.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die Klimakrise und ihre Auswirkungen auf besonders schutzbedürftige Gruppen“

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/1565)

Berichterstatter: **Ioannis VARDAKASTANIS**

Beschluss des Plenums	23.2.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 GO
	Initiativstellungnahme
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	21.11.2023
Verabschiedung im Plenum	13.12.2023
Plenartagung Nr.	583
Ergebnis der Abstimmung	
(Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	152/00/04

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Die Klimakrise hat bereits zu einer Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Stürmen, Waldbränden und Überschwemmungen beigetragen, die besonders schutzbedürftige Gemeinschaften auf der ganzen Welt schwer treffen, weshalb Anpassungsmaßnahmen und eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit dieser Gemeinschaften dringend notwendig sind. Dieser katastrophale Trend betrifft immer neue Regionen, die zuvor keine sich so rasant ausbreitenden Phänomene erlebt haben. Es bedarf eines kollektiven und integrativen Ansatzes, in dessen Rahmen alle Interessenträger ihren Teil der Verantwortung übernehmen müssen. Das politische und rechtliche Instrumentarium sowie insbesondere die aktuelle Umsetzung sollten weiter gestärkt werden.

1.2. Die Klimakrise wird wohl in allen Ländern und sozialen Schichten tiefgreifende negative Auswirkungen zeitigen, die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen werden jedoch einen unverhältnismäßig hohen Preis zahlen. Frauen, Kinder, arme Menschen, Arbeitslose, Minderheiten, Einwanderer und Menschen mit Behinderungen werden von den Auswirkungen der Klimakrise stark betroffen sein und aufgrund politischer Versäumnisse auf nationaler, europäischer und globaler Ebene einen überdurchschnittlich hohen Preis zahlen.

1.3. Vulnerable Gruppen sind weniger gut auf die Herausforderungen vorbereitet, die die Klimakrise in den kommenden Jahren in Bezug auf ihren Lebensstandard mit sich bringen wird, und sie verfügen auch über weniger Ressourcen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Die Wahrung ihrer Grundrechte ist daher erheblich gefährdet.

1.4. Die sozialen Aspekte des gerechten Übergangs sollten in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft herausgestellt werden; die wichtigen Bereiche Tourismus und Landwirtschaft sind dabei besonders zu berücksichtigen.

1.5. Fragen der Gerechtigkeit, Fairness und Inklusion sind von größter Bedeutung, da das Einläuten der grünen Ära die bestehenden Einkommens- und sozialen Ungleichheiten weiter verstärken könnte. Initiativen wie der Klima-Sozialfonds und der Klimaanpassungsfonds der EU [1] sind zu begrüßen und sehr wichtig, müssen jedoch durch weitere Instrumente ergänzt werden, damit alle Herausforderungen und Anforderungen der Energiewende wirksam bewältigt werden können. Kinder und Fragen der Generationengerechtigkeit müssen ganz besonders berücksichtigt werden.

1.6. Besonders schutzbedürftigen Gruppen die Möglichkeit zum Erwerb von Kompetenzen zu geben, die in der grünen Wirtschaft wertvoll sind, ist eine enorme Aufgabe und ein wesentlicher Schritt zur Verhinderung von Energiearmut.

---

[1] Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Finanzierung des Klimaanpassungsfonds durch Kohäsionsmittel und NextGenerationEU“ (ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 23).

1.7. Ergänzenden Instrumenten zur Bewältigung der Herausforderungen und Anforderungen der Energiewende kommt entscheidende Bedeutung zu. Der Kohäsionsfonds, der Fonds für einen gerechten Übergang und die Aufbau- und Resilienzfazilität können zwar auch dazu beitragen, das oben genannte Ziel der Bekämpfung der Energiearmut zu erreichen, doch sind dringend weitere Maßnahmen zu Konzipierung einer umfassenden politischen und sozialen Strategie der EU erforderlich. Die Zunahme der durch die Klimakrise bedingten Naturkatastrophen zeigt deutlich, dass nicht nur die Reaktionskapazitäten, sondern insbesondere auch die Vorbeugungskapazitäten der EU gestärkt werden müssen. Der Klimaanpassungsfonds kann sich in diesem Zusammenhang als extrem wichtiges Instrument erweisen.

1.8. Insbesondere angesichts des Risikos einer unverhältnismäßig hohen Belastung sozial schwacher Gruppen durch die Klimakrise müssen unbedingt Untersuchungen der Zusammenhänge zwischen den Auswirkungen des Klimawandels, vulnerablen Gruppen und sozialen Ungleichheiten durchgeführt sowie Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie der Klimawandel und die Energiewende die bestehenden sozialen und umweltbezogenen Ungerechtigkeiten weiter verschärfen könnten. Beispielsweise sollten die unverhältnismäßig hohe Exposition sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gegenüber Luftverschmutzung und ihre negativen Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit untersucht werden, die durch die Industriedichte in den Wohnvierteln dieser Gruppen ergibt. Maßnahmen zur Unterstützung vulnerabler Gruppen und betroffener Haushalte sollten aus einer ganzheitlichen Perspektive heraus entwickelt werden und auch den Einsatz sozialpolitischer Instrumente umfassen ([2]).

2. **Allgemeine Bemerkungen**

2.1. Die politischen Versäumnisse, zu denen es mit Blick auf die Klimakrise auf nationaler, europäischer und globaler Ebene gekommen ist, haben verheerende Auswirkungen auf sozial schwache Gruppen, die gleichzeitig bei der Anpassung an den Klimawandel und der Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels vor einer riesigen Herausforderung stehen. Vulnerable Gruppen haben nach wie vor keinen guten Zugang zu den Ressourcen, die für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung stehen. So sollte etwa analysiert werden, wie extreme Wetterereignisse, etwa Überschwemmungen in einkommensschwachen Stadtvierteln, die zu Umsiedlungen und zum Verlust der Existenzgrundlage führen, sozial schwache Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig stark treffen.

2.2. Die Energiearmut hat sich schon zu Beginn der durch die russische Invasion in die Ukraine verursachten Energiemarktkrise als zentrale soziale Herausforderung erwiesen. Die sozialen Probleme, die sich infolge der durch strategische Ereignisse verursachten Krise auf dem Energiemarkt ergeben haben, erfordern dringende Maßnahmen zur ihrer Bewältigung und zur Gewährleistung der sozialen Gleichheit, denn die Klimakrise und die Energiewende haben zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten geführt. Wenn nicht dringend Maßnahmen ergriffen werden, könnte die soziale Gleichheit in Europa in Gefahr geraten.

2.3. Insbesondere im Globalen Süden werden Frauen durch die Klimakrise künftig tiefgreifend benachteiligt. In Regionen, in denen die Wasser-, Sanitärversorgungs- und Hygieneeinrichtungen unzureichend sind und Frauen nach wie vor für die Wasserversorgung ihrer Haushalte verantwortlich sind, wird die Wasserkrise eine schwere zusätzliche Belastung darstellen. Darüber hinaus werden der Zugang von Frauen zu Beschäftigung, die Einkommensstabilität, der Lebensstandard und die Beschäftigungssicherheit durch die wirtschaftlichen Verwerfungen, zu denen die Klimakrise führen dürfte, zusätzlich erschwert werden.

2.4. Landwirte werden voraussichtlich mit beispiellosen Herausforderungen konfrontiert sein, da im Mittelmeerraum und in anderen wichtigen landwirtschaftlichen Regionen Europas wie Mittel- und Osteuropa Wüstenbildung und andere Formen des Wasserstresses drohen. Die Landwirtschaft dürfte in großen Teilen Südeuropas, in denen die rückläufigen Niederschläge und eine nicht nachhaltige Wasserbewirtschaftung zu einem bedenklichen Wassermangel führen, künftig nicht mehr tragfähig sein. Jedoch wissen wir nach wie vor nicht genug über die sozioökonomischen Folgen der sich ändernden Niederschlagsmuster und des Wärmestresses auf die Ernteerträge und die Lebensgrundlagen.

2.5. Auch die Armen in den Städten werden voraussichtlich mit enormen Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Klimakrise konfrontiert sein. Sie leben in den Stadtvierteln mit der geringsten Nachhaltigkeit und Umweltsicherheit und werden einen drastischen Rückgang ihres Lebensstandards erleben, verfügen jedoch nicht über die Fähigkeiten und Ressourcen zur Bewältigung der daraus entstehenden Probleme. Darüber hinaus leben die Menschen aus diesen sozial schwachen Gruppen derzeit mit etwa 15 % höherer Wahrscheinlichkeit in Gebieten, für die der höchste Anstieg der Asthmadiagnosen im Kindesalter aufgrund der klimabedingten Zunahme der Luftverschmutzung durch Feinstaub prognostiziert wird, sowie in Gebieten, in denen aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels voraussichtlich der höchste Anteil an Landflächen überflutet werden wird ([3]).

([2]) https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/publications-other-work/publications/cost-climate-change-households-and-families-eu.

([3]) United States Environmental Protection Agency (EPA), *Climate Change and Social Vulnerability in the United States: A Focus on Six Impacts*, Washington DC, 2021.

2.6. Die Menschen auf Inseln und in Küstenorten werden besonders betroffen sein, da die Bodenerosion und der steigende Meeresspiegel die Lebensgrundlagen der dortigen Bevölkerung sowie die Tragfähigkeit der traditionellen Wirtschaftstätigkeiten gefährden. Dies betrifft auch die Bewohner von Atollen und Gebieten in der Nähe von Korallenriffen im Atlantik sowie im Pazifischen und im Indischen Ozean.

2.7. Die Lebensgrundlagen indigener Gemeinschaften von der Arktis bis zum Amazonasgebiet und von Indonesien bis zum Kongo dürften aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise auf das Ökosystem und die wirtschaftlichen Tätigkeiten dieser Völker unter enormen Druck geraten. Die jeweiligen Schwachstellen und die Auswirkungen des Klimawandels auf die indigenen Gemeinschaften müssen untersucht werden; zudem müssen das traditionelle Wissen und die traditionellen Verfahren, die die Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel stärken, besser erforscht werden.

2.8. Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen dürften aufgrund der Klimakrise vor enorme Herausforderungen gestellt werden, da bei vulnerablen Gruppen die Zahl der Todesfälle infolge von Hitzewellen ansteigt; daneben erschweren extreme Wetterereignisse und klimabedingte Notlagen den Zugang zum öffentlichen Raum.

2.9. Die Klimakrise dürfte einige Weltregionen, deren Volkswirtschaften nach wie vor stark von der Landwirtschaft abhängig sind, unverhältnismäßig stark treffen, etwa die Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) und die afrikanischen Länder südlich der Sahara ([4]). Dies wird voraussichtlich zu tiefgreifenden Störungen der landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft weiter Gebiete sowie zu politischer Destabilisierung und einem starken Anstieg des Migrationsdrucks in Richtung des globalen Nordens führen.

2.10. In vielen Ländern, in denen Minderheiten unter politischer und sozialer Ungleichheit leiden, dürfte die Klimakrise die bestehende Spaltung und die Ungleichheiten weiter verschärfen, da die dominierenden Gruppen bevorzugt Zugang zu den schrumpfenden gemeinsamen Ressourcen haben. Die Verschärfung bestehender Wasserkonflikte kann zu einer weiteren Destabilisierung von Regionen führen, die bereits unter den negativen Folgen langwieriger Konflikten leiden, wie Israel-Palästina, Syrien und Libyen.

2.11. Ältere Menschen werden aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität und ihrer stärkeren Bindung an ihre Wohnorte wahrscheinlich tiefgreifend von der Klimakrise betroffen sein, da die Zahl der Todesfälle infolge von Hitzewellen ansteigt und die Orte, an denen sie seit Jahrzehnten leben, zu Hotspots der Klimakrise werden. Ein Beispiel hierfür sind ältere Menschen in den Niederlanden, die in tief gelegenen Gebieten leben, die dem Anstieg des Meeresspiegels und dem erhöhten Hochwasserrisiko aufgrund der Klimakrise besonders ausgesetzt sind.

2.12. Obwohl Kinder am allerwenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, sind es die jungen Menschen und künftigen Generationen, die seine Folgen zu spüren bekommen werden. Fragen der Generationengerechtigkeit sind ein wesentlicher Aspekt aller politischen Maßnahmen, die mit Blick auf die Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise konzipiert werden.

2.13. Einwanderer und Flüchtlinge zählen noch immer zu den am stärksten von der Klimakrise betroffenen Gruppen, da sie nach wie vor nicht durch den Wohlfahrtsstaat ihrer jeweiligen Aufnahmeländer geschützt sind und mit einiger Wahrscheinlichkeit in den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Stadtvierteln und Regionen leben. Darüber hinaus können Einwanderer und Flüchtlinge die mit der Energiewende verbundenen Chancen am wenigsten nutzen.

2.14. Auch den Herausforderungen, mit denen vulnerable Gruppen in städtischen Gebieten aufgrund des Klimawandels konfrontiert sind, kommt vorrangige Bedeutung zu. Die Auswirkungen von Hitzewellen, städtischen Wärmeinseln und Überschwemmungen auf sozial schwache Gemeinschaften in Städten müssen unbedingt analysiert werden; zudem gilt es, Strategien zur Stärkung der städtischen Resilienz und zur Förderung gerechter Anpassungsmaßnahmen auszuloten, etwa im Rahmen von Untersuchungen der Folgen des Anstiegs des Meeresspiegels auf Küstenorte und einer möglichen Umsiedlung einkommensschwacher Gemeinschaften, die in hochwassergefährdeten Gebieten leben.

2.15. Neben vulnerablen sozialen Gruppen sind auch vulnerable Ökosysteme angesichts der Klimakrise mit enormen Herausforderungen konfrontiert und verdienen die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. In vielen Fällen sind diese vulnerablen Gruppen und Gemeinschaften auf die vulnerablen Ökosysteme angewiesen. Infolgedessen sind sie erhöhten Risiken sowohl durch natürliche als auch klimabedingte Gefahren ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund müssen bei Anpassungsstrategien notwendigerweise auch weitreichende Kompromisse und politische Entscheidungen getroffen werden ([5]).

([4]) UCESA, *Climate change and its consequences: The voice of the African citizens*, Glasgow, 10. November 2021.

([5]) Expertengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder, *Considerations regarding vulnerable groups, communities and ecosystems in the context of the national adaptation plans*, Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, Bonn, 2018, S. 34; United States Environmental Protection Agency (EPA), *Climate Change Impacts on Air Quality*.

2.16. Viele sozial schwache Gruppen leben in Industrie- oder städtischen Gebieten mit hoher Luftverschmutzung. Roma-Gemeinschaften in der EU leben häufiger als andere in Gebieten mit einer größeren Wahrscheinlichkeit negativer Auswirkungen auf die Gesundheit durch klimabedingte Veränderungen. Des Weiteren sind manche Menschen aufgrund chronischer Erkrankungen anfälliger für die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf ihre physische und psychische Gesundheit. So erkranken beispielsweise in bestimmten ethnischen Gruppen, einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, indigenen Bevölkerungsgruppen und Einwanderergruppen mehr Menschen an Herzerkrankungen, Asthma und COPD. ([6])

3. **Klimawandel, schutzbedürftige Gruppen und Energiewende**

3.1. Vulnerable Gruppen dürften beim Übergang zu fairer und sauberer Energie mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sein. Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in bestimmten Branchen aufgrund der Energiewende sind jene Gruppen bedroht, die in Bereichen wie Landwirtschaft, Verkehr, Baugewerbe und Wohnungswesen beschäftigt und bereits jetzt dem Risiko von Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Die aus der Energiewende resultierende Arbeitslosigkeit wird Menschen betreffen, die nur schwer eine andere Beschäftigung finden werden, z. B. weil sie relativ alt oder nicht ausreichend qualifiziert sind, um in eine neue Branche wechseln zu können.

3.2. Bei den Forschungsprioritäten vollzieht sich ein großer Wandel von der Erforschung von Klima- bzw. Extremwetterereignissen hin zur Untersuchung der Folgen davon auf die Menschen und Systeme sowie zu den systemischen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, die sie anfälliger für diese Folgen machen. Das Verständnis der Unterschiede bei den Auswirkungen des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft auf einzelne Bevölkerungsgruppen, Gemeinschaften und Systeme ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung maßgeschneiderter Schutz- und Anpassungsmaßnahmen, die ein breites Spektrum von Interessenträgern einbeziehen und eine faire und gerechte Verteilung der Kosten für den Übergang sicherstellen ([7]).

3.3. Die aufgrund der Energiewende steigenden Lebenshaltungskosten sind eine große Herausforderung, die so bald wie möglich angegangen werden muss, damit diese Wende nicht von Populisten und Opportunisten für ihre Zwecke missbraucht wird.

3.4. Angesichts des sich rasch wandelnden Energiemarkts, auf dem es zudem zu Turbulenzen durch massive strategische Schocks kommt, wird es für die europäischen Haushalte und Familien wahrscheinlich schwieriger werden, ihre Energiekosten bezahlen zu können. Die Möglichkeiten europäischer Haushalte und Familien, energieautark zu werden, indem sie ihre eigene Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugen und die Energieeffizienz von Gebäuden gesteigert wird, sind nach wie vor zu wenig erforscht.

3.5. Auch die direkten und indirekten Auswirkungen der Klimakrise auf die psychische Gesundheit sollten genau untersucht werden, was insbesondere im Zusammenhang mit Naturkatastrophen wichtig ist. In den USA wurde eine neue medizinische Disziplin — die Umweltpsychologie — geschaffen, um dieses Phänomen zu untersuchen.

3.6. Die Energiewende kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie dem öffentlichen Interesse dient: Die Menschen müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Maßnahmen zur Umverteilung finanzieller Mittel sind demnach zwar erforderlich, reichen aber nicht aus, um die Krise zu bewältigen. Präventive und strukturierte Initiativen auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen sind eine wesentliche Ergänzung zu den Instrumenten zur Umverteilung von Finanzmitteln, da sie die Risiken der Energiearmut nicht nur mindern, sondern auch umkehren können ([8]).

3.7. Die Energiewende kann Schocks auf dem Arbeitsmarkt und in Niedriglohnbranchen wie dem Verkehrs- und Baugewerbe sowie dem Wohnungswesen auslösen. Das Arbeitslosigkeitsrisiko für sozial schwache Beschäftigte in gefährdeten Branchen bleibt hoch., Einwanderer und Flüchtlinge können die mit der Energiewende verbundenen Chancen nur schwer nutzen. Es kommt entscheidend darauf an, diesen Übergang gerecht zu gestalten und Möglichkeiten zu schaffen, Kompetenzen für die grüne Wirtschaft zu erwerben. Dazu sollten etwa die Herausforderungen für Bauarbeiter bei der Anpassung an nachhaltiges Bauen sowie der Bedarf an Umschulungsprogrammen geprüft werden.

3.8. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betont, dass Bildung und Kapazitätsaufbau eine vorrangige Rolle spielen, um besonders schutzbedürftige Gruppen in die Lage zu versetzen, sich auf den Klimawandel einzustellen. In diesem Zusammenhang müssen innovative Ansätze zur Aufklärung und Sensibilisierung sozial schwacher Gruppen für den Klimawandel sowie das Potenzial von Programmen geprüft werden, die die Kompetenzen dieser Menschen im Hinblick auf eine bessere Anpassungsfähigkeit stärken. Dazu sollten insbesondere Studien zu von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Bildungsprogrammen zum Thema Klimawandel in benachteiligten Stadtvierteln und deren Auswirkungen auf die Stärkung der Resilienz und Anpassungsfähigkeit durchgeführt werden.

([6]) United States Environmental Protection Agency (EPA), *Climate Change and Social Vulnerability in the United States: A Focus on Six Impacts*, Washington, D.C., 2021.

([7]) Sachverständigengruppe der am wenigsten entwickelten Länder, *Considerations regarding vulnerable groups, communities and ecosystems in the context of the national adaptation plans*, Anhang B.

([8]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Bekämpfung der Energiearmut und Resilienz der EU: Herausforderungen aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht“ (ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 88).

4. **Besondere Bemerkungen**

4.1. In Mittel- und Osteuropa, einschließlich der Ukraine und der Republik Moldau, entstehen zunehmend jahreszeitliche Variabilitäten, die die weitgehend landwirtschaftlich geprägte Wirtschaft und die Existenzgrundlage der dortigen Kleinbauern bedrohen ([9]). In Ländern wie Polen und Ungarn sind einkommensschwache Stadtbewohner oft einer höheren Luftverschmutzung ausgesetzt, die durch die Auswirkungen des Klimawandels wie Hitzewellen und veränderte Niederschlagsmuster noch verschärft wird. Belarus und die Ukraine verzeichnen aufgrund der sich wandelnden klimatischen Bedingungen einen starken Anstieg der Waldbrände, die sich erheblich auf die Landbevölkerung und die Lebensräume von Wildtieren auswirken ([10]).

4.2. In den nördlichsten Regionen Europas, insbesondere Grönland, stehen aufgrund der schnellen Permafrostschmelze die Jagd- und Fischereitraditionen der indigenen Bevölkerung auf dem Spiel, was nicht nur das Ökosystem, sondern auch die lokale Wirtschaft und vulnerable Gruppen gefährdet ([11]). Durch den Temperaturanstieg und die Veränderung der Ökosysteme am Polarkreis sind die Existenzgrundlagen der traditionellen Rentierzüchter und Fischer der indigenen Sámi-Gemeinschaften Nordskandinaviens bedroht ([12]).

4.3. Die Verschlechterung der Luftqualität infolge der Klimakrise wird sich voraussichtlich negativ auf die physische und psychische Gesundheit vulnerabler Gruppen in den Megastädten der MENA-Region auswirken. Städte wie Kairo, Teheran oder Istanbul dürften in naher Zukunft vor enorme Herausforderungen gestellt werden.

4.4. In Südosteuropa, insbesondere Bulgarien und Rumänien, kommt es zu Überschwemmungen und Erdrutschen bisher unbekannten Ausmaßes, die schwerwiegende Auswirkungen auf einkommensschwache Gemeinschaften haben, denen es an Ressourcen für das Katastrophenmanagement mangelt ([13]). Länder in ganz Südosteuropa, darunter Albanien und Nordmazedonien, sind aufgrund des Klimawandels besonders anfällig für Hitzewellen, Dürren und Waldbrände, von denen vor allem die ländliche und ältere Bevölkerung betroffen ist ([14]).

4.5. In Mittelmeerländern wie Zypern, Griechenland, Italien, Malta, Portugal und Spanien steigt das Risiko von sinkenden Niederschlagsmengen und Hitzewellen, die zu Wüstenbildung und Wasserknappheit führen. Unverhältnismäßig stark betroffen sind davon die ländlichen und die Küsten- und Inselgemeinden, insbesondere diejenigen, die von der Landwirtschaft abhängig sind ([15]).

4.6. Waldbrände eines noch nie da gewesenen Ausmaßes stellen eine enorme Herausforderung für die Sicherheit und das Wohlergehen vulnerabler Bevölkerungsgruppen im gesamten Mittelmeerraum dar ([16]). Durch die katastrophalen Waldbrände im Sommer 2022 im nördlichen Teil der griechischen Insel Euböa sowie im Sommer 2023 in der nordgriechischen Region Evros gab es einen Einbruch bei sämtlichen land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten — ein sehr schmerzhafter Weckruf bezüglich der erhöhten Risiken, denen vulnerable Gruppen in den EU-Mitgliedstaaten des Mittelmeerraums ausgesetzt sind.

4.7. Orte auf Inseln und an den Küsten im Mittelmeerraum sind erheblichen Risiken aufgrund von Überschwemmungen und Erosion ausgesetzt. Beides stellt zudem eine enorme Bedrohung für das Natur- und Kulturerbe des Mittelmeerraums dar ([17]).

4.8. In Metropolen wie Mailand und Paris wirken sich städtische Wärmeinseln auf die Lebensbedingungen und die Gesundheit aller Bewohner aus. Wirtschaftlich benachteiligte Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Problemen sind hierbei unverhältnismäßig stark betroffen. Fehlende Grünflächen und Mängel bei der Wohnraumqualität verschärfen dieses Problem noch weiter ([18]).

Brüssel, den 13. Dezember 2023

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Oliver RÖPKE

([9]) *Climate change and desertification in Southern Europe*, 2022.
([10]) *Forest Fires and Climate Change in Eastern Europe*, 2023.
([11]) *Indigenous Adaptation in the Arctic*, 2023.
([12]) Forbes et al., 2022.
([13]) Rasul & Balica, 2023.
([14]) Europäische Umweltagentur, 2023.
([15]) *Climate change and desertification in Southern Europe*, 2023.
([16]) Angela Symons, *The era of „mega forest fires" has begun in Spain. Is climate change to blame?*, Euronews, 27.3.2023.
([17]) Lena Reimann et al., *Mediterranean Unesco World Heritage at risk from coastal flooding and erosion due to sea-level rise*, Nature Communications, Band 9, Nr. 1 (2018).
([18]) Nidhi Singh, Saumya Singh und RK Mall, *Urban ecology and human health: implications of urban heat island, air pollution and climate change nexus*, Urban Ecology, Elsevier, 2020.